

VERTRAULICH

PB Nr.6 - WEM -

Kopenhagen, den 25. Mai 1993

Venstre nach dem 18. Mai: Bürgerliche Führungsrolle im Zeichen Europas

[Gespräch, zusammen mit meinem Mitarbeiter M. Wey, mit Frau Charlotte Antonsen (A), Folketing-Abgeordnete]

A ist Folketing-Abgeordnete der bürgerlich-liberalen **Venstre** (Wähleranteil 1990: 15,8 %, 29 von 179-Folketing-Mandaten) und vertritt diese Partei als Spezialistin für Europafragen im Marktausschuss. Unser Gespräch mit A ergab einen Kontrapunkt zu unserer kürzlichen Unterredung mit der Vertreterin der rechtspopulistischen Progressisten [vgl. PB Nr.5]. Während diese sich im rechten Parteispektrum als Nein-Sager zu profilieren suchen, ist von Venstre eine profiliert proeuropäische Politik in den kommenden Jahren zu erwarten. Als ihr Bannerträger hat während der zehnjährigen konservativ-liberalen Regierungskoalition **Uffe Ellemann-Jensen**, der dänische "Genscher", gewirkt. Seine Karriere als Aussenminister im Kabinett Schlüter scheint nach dem Regierungsturz im letzten Januar keineswegs besiegelt. Im Gegenteil: mit markanten bis provokanten Stellungnahmen zur Europa- und Innenpolitik macht Ellemann-Jensen derzeit seinen **Führungsanspruch** in der bürgerlichen Opposition geltend. Einst lediglich Juniorpartner im bürgerlichen Tandem, ist es denkbar, dass die Liberalen den Konservativen bei den nächsten Wahlen zum Folketing den Rang ablaufen.

A äusserte sich zur **Europa- und Innenpolitik**. Sie wirkte fundiert und ausgewogen, realistisch und optimistisch zugleich. Aus ihrer europafreundlichen Haltung ergaben sich auch kritische Anmerkungen zur dänischen Rolle. Auffallend war schliesslich das lebhaftes Interesse und der ungewöhnliche Informationsstand von A in bezug auf die **Schweiz**. Sie konfrontierte uns mit den letzten Umfrageergebnissen zur Akzeptanz eines EWR- bzw. EG-Beitritts. A schien die Unterschiede zwischen Dänemark und der Schweiz besser verstehen zu können als wir.

**Kommentare zum Referendum**

Für Venstre ist das **Ja** zum Maastrichter Unionsvertrag **entscheidend**, selbst wenn man lieber auf das **Edinburger Sonderstatut** verzichtet hätte. Dieses steht primär für **geringeren Einfluss** an künftiger Gestaltung wichtiger Politikbereiche. Man hofft deshalb auf ein **<opting in>** im Zuge der nächsten Revisionsrunde von 1996. Allerdings wird der Edinburger Aspekt im langen dänischen Referendumskampf durchaus gewürdigt: die durch das Nein provozierte Denkpause war notwendig zur Überzeugung des Volkes und hat auch in der Gemeinschaft zu wertvollen Denkanstössen geführt.

Die **Gründe** für das Juni-Nein von 1992 hatten laut A in **allgemeinen Ängsten**, im ungewissen Zukünftigen, im Grosssprecherischen der Maastrichter Texte gelegen - nicht so sehr in ihren spezifischen Bestimmungen. Im Mai 1993 ging es um das **Konkrete** und Nahliegende: um das **Verbleiben in der EG**. Die Ängste vor der Brüsseler Allmacht wurden durch die offenbar gewordene Brüsseler Ohnmacht gedämpft. Entscheidend war dabei der Umschwung im **linken Wählerspektrum**: Die Anhängerschaft der Sozialdemokratie befolgte die Ja-Parole nun mehrheitlich, d.h. zu 55 % statt wie 1992 nur zu 45 %. Ihre Parteiführung konnte aus der Regierungsverantwortung heraus argumentieren. Und anders als 1992 strich sie resolut die Vorteile eines Ja hervor, statt sich zunächst mit den Nachteilen des Unionsvertrages zu befassen. Nüchtern, fast helvetisch, anerkennt A die Vorteile der Führungsverantwortung der **Sozialdemokratie**, was die dadurch erst in Gang gebrachte Debatte zu Europa betrifft. Ähnliches gelte auch für die **Linksozialisten (SF)**, deren Chef Holger Nielsen sich vom Saulus zum Paulus gewandelt habe. Ein Rückfall in die **<Anti-EG>-Polemik** sei kaum mehr wahrscheinlich; beide Linksparteien blieben allerdings in Zukunft unsichere Kantonisten.



## Maastricht nach Edinburg

Für A war der wichtigste und einzig nachhaltige Einfluss Dänemarks in Edinburg die vorzeitige Öffnung der **Beitrittsverhandlungen** für die EFTA-Kandidaten. Demgegenüber habe Dänemark gewisse strukturelle Trends wie Transparenz, Bürgernähe usw. wohl verstärkt, nicht aber in die Diskussion eingeführt. Angelegt gewesen seien diese Dinge alle schon im Maastrichter Erstentwurf. Ohnehin leide der **dänische Einfluss** auf die EG-Politik an **mangelnder Konsistenz**: so seien die Dänen zum Beispiel lautstark für mehr Demokratie, aber aus Furcht vor Zentralisierung ebenso gegen die Stärkung des Europäischen Parlaments.

A hält den eigentlich prägenden **Einfluss Dänemarks** auf den zurückliegenden Gang der Unionsgeschichte für **gering**. Bremsmanöver, Ausnahmen usw. seien als Möglichkeiten für die **<Kleinen>** seit jeher in den Römer Vertragsstrukturen enthalten gewesen. Wichtiger sei der Zeitgeist bei den **<Grossen>**. Hier stellt A vor allem bei den **Franzosen** wirkliche Änderungen seit dem September-Referendum fest. Anzunehmen sei für die Regierung Balladur ein abnehmendes Interesse an zentralistischen Lösungen. Das könne seinerseits mit **deutschen** Haltungen konvergieren, die aufgrund innerer Schwierigkeiten zunehmend durch nationale Interessen bestimmt seien. Beides muss laut A nicht unbedingt zum Schaden Europas reichen. Trotz seiner erklärten Schwierigkeiten mit dem **GATT** hält A das neue **französische Kabinett** im Grunde für **proeuropäisch**. Mit Blick auf **Grossbritannien** hofft A dank dem dänischen Ja auf eine **gestärkte Stellung** Majors und damit auf einen wachsenden europapolitischen Gestaltungswillen des Vereinigten Königreichs, dem sich Dänemark nahe fühle. Anzunehmen sei, dass die Maastrichter Verträge **speditiv** vom Oberhaus gebilligt würden. Ironischerweise werde wohl Deutschland das Schlusslicht bilden.

## Perspektiven für die Erweiterung

A sieht zwar für die Union einen Zuwachs an nordischen Gewichtungen nach Abschluss der Erweiterungsrunde voraus, die aber nicht durch einheitliche Interessenlagen gekennzeichnet seien. **Schweden** und **Finnland** würden nach wie vor eigene Sicherheitspolitiken verfolgen. **Norwegen**, dessen Beitritt A mit einem Fragezeichen versieht, habe dagegen ausgeprägte ökonomische Sonderinteressen (Öl, Fischerei). Was den **Norden** - mit Zentral- und Westeuropa - auszeichne, seien nicht die Inhalte der Politik an und für sich, sondern der Sinn für das **Recht** und seine Effektivität. Hier bestehe ein **Graben zum EG-Süden** und liege der Grund für viele Unzulänglichkeiten der EG-Gesetzgebung. Zu hoffen sei daher, dass die nächste Regierungskonferenz mit den Zuzügern stattfindet - Widerstand aus dem Süden sei allerdings zu erwarten.

A weist aber auch auf die zwangsläufigen **institutionellen Probleme** hin, die sich durch Zuzug der EFTA-Vier, und noch deutlicher bei der übernächsten Runde, ergeben. Die **<Kleinen>**, Dänemark eingeschlossen, seien sich an ihre starke Stellung gewohnt und würden diese auf keinen Fall preisgeben. Man dürfe die Gefahr der **Immobilisierung** der EG-Entscheidungsorgane bei gleichbleibender Struktur aber nicht verkennen. Sicher werde das **Europäische Parlament** seine starke Stellung im Erweiterungsverfahren dazu benutzen, den Ausbau seiner eigenen Rechte voranzutreiben.

## Fernziele für die Union

Den Streit betreffend Unionszielsetzung, begrifflich mit der **Föderationsdebatte** in Zusammenhang stehend, hält A für unergiebig. Es werde keine **<Vereinigten Staaten von Europa>** im Sinne der USA geben. Allerdings sei eine gemeinsame verteidigungspolitische Identität, eine gemeinsame Währung und eine im Sinne der Subsidiarität ausgewogene Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten unerlässlich. In bezug auf die Organzuständigkeiten wünscht sich A die **Stärkung des Europäischen Parlaments** und namentlich die Unterordnung der Kommission unter seine Kontrolle.

3

4

## Ende der dänischen EG-Präsidentschaft

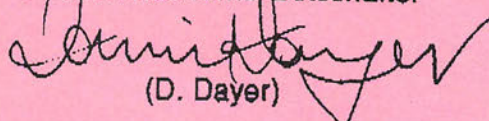
Den Einfluss der dänischen Präsidentschaft auf die Politik der Gemeinschaft im ersten Semester 1993 hält A für bescheiden. Ein solcher Einfluss sei durchaus möglich, sofern er ernstlich angestrebt werde, es sei jedoch von der neuen dänischen Regierung mehrheitlich plakative Politik betrieben worden. Zu hoffen sei, dass der Juni-Gipfel wenigstens spürbare Fortschritte für die mittel- und osteuropäischen Länder sowie für Russland bringe. Die dänische Osteuropainitiative vom vergangenen April biete dafür keine Grundlage. In bezug auf die laufenden Erweiterungsverhandlungen würden kaum Anstösse zu erwarten sein. Für die belgische Präsidentschaft geht A nicht von radikalen zentralistischen Impulsen aus. Anzunehmen sei jedoch namentlich ein Abbau der durch Dänemark propagierten Transparenz. In umweltpolitischer Hinsicht zweifelt A an raschen Fortschritten. Die Einführung einer CO<sup>2</sup>-Abgabe werde wohl nach wie vor von Grossbritannien blockiert werden.

## Innenpolitik

A glaubt nicht, dass sich die vier ausserparlamentarischen Anti-Maastricht-Bewegungen (Juni-Bewegung, Union gegen die Europäische Union, Volksbewegung gegen die EG, Notwendiges Forum) erfolgreich für die nächsten Wahlen formieren könnten. Den nächsten Wahlkampf würden eher Innen- als europapolitische Themen dominieren. Dennoch werde Venstre versuchen, die europapolitische Flaute offensiv zu bekämpfen. Die dominierende liberal-konservative Grundwelle sei durch die unionsfreundlichen Parolen der vormaligen Regierungskoalition nicht beeinträchtigt worden. Für die kleinen Parteien der politischen Mitte sieht A Schwierigkeiten voraus: die "Christlichen" (zuletzt 2,3 % Wähleranteil) könnten u.U. das Quorum von 2 % nicht mehr erreichen; auch die Zentrumsdemokraten (5,1 %) und die Radikalen (Linksliberale, 3,5 %) seien infolge ihrer Schaukelpolitik unbeliebter geworden. Eine bürgerliche Koalition werde allenfalls mit dem Zentrum, nicht aber mit den Radikalen möglich sein.

Die von der Regierung eingebrachte Steuerreform hält A nicht für einen echten Fortschritt. Die 8%-ige Arbeitsmarktabgabe, ausgestaltet als Bruttolohnsteuer, werde im Ergebnis zu einer bedeutenden Mehrbelastung der Wirtschaft von jährlich ca. 8 Mia DKK (ca. 1,9 Mia SFr.) führen. Es seien zwar unter dem Strich zwar Mindereinnahmen sowie eine Herabsetzung der Marginalsteuern von 68 auf 62,5 % vorgesehen, was aber zu keinen stimulierenden Effekten führen könne. Vor allem sei die Wachstumsprognose für das nächste Jahr mit 3 % völlig überrissen. Dies werde den Druck zur späteren Heraufsetzung der Arbeitsmarktabgabe erhöhen. Die Regierung werde wahrscheinlich versuchen, die Situation auf dem Arbeitsmarkt mit statistischen Änderungen <kosmetisch> schönzufärben. Kurzfristig werde das jährliche Budgetdefizit um 15 Mia (ca. 3,5 Mia SFr.) DKK erhöht, zusätzlich zu den bereits 45 bis 50 Mia DKK (ca. 10,5 bis 12 Mia SFr.) im Voranschlag enthaltenen. Als Ergebnis sei eine Schwächung der Krone denkbar. Immerhin glaubt A, dass es bisher dank der enger werdenden Zusammenarbeit im EWS gelungen sei, die spekulativen Angriffe auf die Krone erfolgreich abzuwehren.

Der Schweizerische Botschafter

  
(D. Dayer)

Original: dy - **0**  
 Kopien: brc ke mef nf grn vsg vdf si kt caf wer  
 ho bjo la ria egf wok fmd kur sut gh ltj  
 kj ay sfr rae bod

Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten!

**AMBASSADE DE SUISSE**  
**AU DANEMARK**

Amaliegade 14  
 Tel. (0045) 33 14 17 96  
 Fax. (0045) 33 33 75 51

1

TELEFAX POUR LE DFAE

PAGE DE COUVERTURE

LIEU	DATE ET HEURE	PRIORITE		
		NORMALE	URGENT	FLASH
COPENHAGUE	le 26.5.1993/8h	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

NOMBRE DE PAGES, Y COM-  
 PRIS PAGE DE COUVERTURE : 4

	OUVERT	CHIFFRE
CLASSIFICATION:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**CHIFFRE**  
 NUR FÜR INTERNEN GEBRAUCH  
 POUR USAGE INTERNE UNIQUEMENT

REFERENCE : PB Nr. 6 / WEM

NUMERO: 0065

Venstre nach dem 18. Mai:  
 Bürgerliche Führungsrolle  
 im Zeichen Europas

DESTINATAIRE(S) ET TEXTE

CONFIDENTIEL

Pour le Chef du Secrétariat politique

Prière de donner copie à :

- Bureau de l'intégration DFAE/DFEP
- Secrétariat du SE Kellenberger
- Secrétariat du SE Blankart / BAWI
- DFJP, M. B. Ehrenzeller (fax)

Copie va directement par fax à :

- Mission Bruxelles
- Ambassades Londres, Bruxelles, Paris, Bonn, Helsinki, Oslo, Stockholm, Vienne